



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

39. hét

2019.09.23.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *Noch 20 Tage bis zu den Kommunalwahlen:*

Sowohl in der Hauptstadt als auch in den Großstädten auf dem Lande nimmt der Wahlkampf an Schärfe zu. In Budapest bestätigen alle Meinungsumfragen die Spitzenposition von Amtsinhaber István Tarlós. Während die Wähler Gergely Karácsony als ungeeignet für die Stadtführung betrachten, fechten Puzsér und Berki abgeschlagen ein gesondertes Duell aus.

Wirtschaftspolitik – *Erfolge von hunderten Milliarden bei der Zurückdrängung der Schattenwirtschaft:*

In den jüngsten Jahren hat die ungarische Regierung zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die Schatten- und die Schwarzwirtschaft zurückzudrängen. Zu den Ergebnissen dieser Politik, die auf eine saubere Wirtschaft aus ist, gehört unter anderem, dass die Einbußen bei der Umsatzsteuer, die nach Schätzungen der Europäischen Kommission 2010 noch 22 Prozent erreichten, in 2018 bereits auf 9 Prozent beschränkt werden konnten. Damit überholte Ungarn im vergangenen Jahr alle anderen Länder der Region.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Die Anhörung von László Trócsányi in Brüssel findet am 1. Oktober statt:*

Wie zu erwarten war, kommt es in den Fachausschüssen des Europäischen Parlaments in den kommenden Tagen zur Anhörung der designierten Mitglieder der neuen Europäischen Kommission. Den Anfang macht am 30. September die Anhörung des slowakischen Kandidaten. László Trócsányi wird als Kandidat für das Sachgebiet der Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik am 1. Oktober in den frühen Abendstunden angehört.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *Zwei Drittel der Ungarn sehen die Christenverfolgung als erhebliches Problem an:*

Eine landesweit repräsentative Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts mit der persönlichen Befragung von 2.000 Personen belegt, dass eine Sachpolitik der Regierung, mit der Hilfe für die Opfer der Christenverfolgung gewährt werden soll, dazu geeignet ist, die Unterstützung einer Mehrheit der Gesellschaft zu erlangen. Das beweist, dass 5 Millionen Ungarn mit den humanitären Hilfeleistungen der Regierung übereinstimmen.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

NOCH 20 TAGE BIS ZU DEN KOMMUNALWAHLEN

Weniger als drei Wochen vor den Kommunalwahlen beschäftigt die Öffentlichkeit am meisten der Stand beim Wettstreit um das Oberbürgermeisteramt von Budapest. Wenngleich sämtliche Meinungsumfragen zeigen, dass István Tarlós vor Gergely Karácsony, Róbert Puzsér und Krisztián Berki führt, dürfte sich der Wahlkampf der kommenden Wochen als entscheidend für alle Kandidaten erweisen.

István Tarlós konnte 2014 insgesamt 290.675 Stimmen holen und mit 49 Prozent aller Stimmen die Herausforderer von der Opposition in die Schranken weisen. Wie damals treten auch dieses Mal wieder mehrere Gegenkandidaten an. Zwar ist Gergely Karácsony eindeutig der Herausforderer, doch besitzt daneben noch Róbert Puzsér reale Chancen, ein zweistelliges Ergebnis vorzulegen. Hinter den Sympathiewerten verbirgt sich die wichtige Dimension, wie die Eignung beurteilt wird. Der Vorsprung von István Tarlós auf diesem Gebiet ist eindeutig, denn mindestens die Hälfte der Budapester ist in jeder Hinsicht mit seiner Arbeit zufrieden. Ebenso kann ausgesagt werden, dass ungefähr die Hälfte der Sympathisanten des linken Lagers seine Kompetenzen als Stadtvater anerkennt. Dementsprechend gestaltet der amtierende Oberbürgermeister seinen Wahlkampf längs von Themenbereichen, die seine Eignung und Kompetenz bei der Führung der Stadt unterstreichen. Die Herausforderer versuchen dies damit zu kompensieren, dass sie immer wieder davon abweichende Themen in die Debatte einwerfen. Gergely Karácsony befasste sich in der vergangenen Woche eindeutig mit parteipolitischen Belangen, hat weder seine fachlichen noch seine Budapest-spezifischen Pläne vorgestellt und meidet weiterhin Themen in Verbindung mit seinem Stadtbezirk Zugló. Der Bürgermeister des Stadtbezirks nahm übrigens im kompletten vergangenen Jahr nur an fünf von neun Stadtverordnetenversammlungen der Hauptstadt teil. In dieser Zeit ergriff er ein einziges Mal das Wort, wobei sich dieser Beitrag auf knapp 18 Sekunden beschränkte. Róbert Puzsér führt einen besonderen Wahlkampf, nicht nur wegen der Idee, ein politisches Zentrum zu bilden, sondern wegen seines Versuchs, ohne Unterstützung von Parteien, als Kandidat der Zivilgesellschaft gegen die anderen Kandidaten anzukommen.

Gemäß der aktuellen, erst an diesem Wochenende beendeten Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts mittels telefonischer Befragung von 1.000 Personen ergibt sich der Stand im Wettstreit um

das Oberbürgermeisteramt von Budapest wie folgt: Unter den sicheren Wählern äußerten 53 Prozent, für István Tarlós stimmen zu wollen, während nur 40 Prozent Karácsony mit ihrer Stimme unterstützen wollen und 7 Prozent für die „Opposition der Opposition“, also für Róbert Puzsér plädieren. Die Frage, ob die betreffende Person „geeignet ist, Oberbürgermeister von Budapest zu sein“, bejahten 57 Prozent der Befragten im Falle von Tarlós, 35 Prozent bei Karácsony und 10 Prozent bei Puzsér. Die Unterstellung einer fehlenden Eignung für das Amt zeigt genau umgekehrte Relationen: Tarlós halten demnach 35 Prozent der Wähler, Karácsony bereits 52 Prozent und Puzsér gleich 81 Prozent für ungeeignet.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

ERFOLGE VON HUNDERTEN MILLIARDEN BEI DER ZURÜCKDRÄNGUNG DER UNGARISCHEN SCHATTENWIRTSCHAFT

In den jüngsten Jahren hat die ungarische Regierung zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die Schatten- und die Schwarzwirtschaft zurückzudrängen. Zu den Ergebnissen dieser Politik, die auf eine saubere Wirtschaft aus ist, gehört unter anderem, dass die Einbußen bei der Umsatzsteuer, die nach Schätzungen der Europäischen Kommission 2010 noch 22 Prozent erreichten, in 2018 bereits auf 9 Prozent beschränkt werden konnten. Damit überholte Ungarn im vergangenen Jahr alle anderen Länder der Region.

In Ungarn flossen im Jahre 2010 von 100 Steuer-Forinten dem Fiskus mindestens 22 Forint nicht zu. Laut Schätzungen der Europäischen Kommission ist dieser Anteil bis 2018 auf weniger als die Hälfte gesunken. Die ungarische Regierung kämpft seit Jahren intensiv gegen die Schatten- und Schwarzwirtschaft, in welches Ringen sich so erfolgreiche Maßnahmen einreichten, wie beispielsweise die verbindliche Einführung des Online-Abrechnungssystems, die binnen eines Jahres Mehreinnahmen von 200-250 Milliarden Forint generierte, oder aber die ebenso verbindliche Einführung der Online-Kassen, die seit 2014 rund 530 Milliarden Forint an zusätzlichen Einnahmen brachte. Die erfolgreichen Maßnahmen zur Zurückdrängung der Schattenwirtschaft trugen dazu bei, dass die staatlichen Einnahmen ungeachtet der vorgenommenen Steuersenkungen weiter zunehmen konnten. Gemessen an den Einnahmen des Jahres 2017 flossen im vergangenen Jahr rund 700 Milliarden Forint aus Steuern ins Staatssäckel, während zur gleichen Zeit die heimischen öffentlichen

Abgaben sanken und im Einklang mit der Tarifvereinbarung von 2016 die Sozialabgabensteuer in Ungarn verringert wurde. Die Situation hinsichtlich von Schatten- und Schwarzwirtschaft hat sich im Vergleich zu den Zuständen von vor 2010 wesentlich verbessert. Im Jahre 2005 hob der damalige Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány auf einer Veranstaltung der Gesellschaft der multinationalen Unternehmen in Ungarn hervor, dass die verdeckte Wirtschaft dem Fiskus Ausfälle in der Größenordnung von 3.000 Milliarden Forint beschere. Aufgrund dieser Dimensionen sei eine Senkung der öffentlichen Abgabenlasten nicht möglich. Auch die im Rahmen des 2008 bekanntgegebenen Programms zur Reduzierung der öffentlichen Lasten angekündigte Abgabensenkung um 1.000 Forint sollte auf einem Rückgang der Schatten- und Schwarzwirtschaft basieren, was aber nicht umgesetzt wurde.

Eine relevante Meldung aus der vergangenen Woche handelt von Umschichtungen im Staatshaushalt in Höhe von 38 Milliarden Forint, die der Nationalen Verwaltungsuniversität 2,859 Milliarden Forint, dem Ministerium für Innovationen und Technologien zwecks Unterstützung von Universitäten und Hochschulen 3,501 Milliarden Forint bzw. der Klebelsberg-Schulzentrale weitere 450 Millionen Forint zukommen lässt. Diese nur vereinzelte Institutionen berührenden Umschichtungen stellten keine Haushaltskürzung dar, nachdem der Hauptteil der umgeleiteten Gelder von der Steuer- und Finanzbehörde beziehungsweise aus dem Kapitel stammt, das für die Aufstellung der Verwaltungsgerichtsbarkeit vorgesehen war.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

AM 1. OKTOBER ERFOLGT DIE ANHÖRUNG VON LÁSZLÓ TRÓCSÁNYI IN BRÜSSEL

Am frühen Abend des 1. Oktober wird der Außenausschuss des Europäischen Parlaments László Trócsányi anhören, den die neu gewählte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als Kommissar für Nachbarschaftspolitik und Erweiterung benannt hat. Die von der deutschen Politikerin nominierten Kommissare und deren Geschäftsbereiche unterlagen in den letzten Wochen zahlreichen Kritiken, weshalb mit einem knappen Ausgang bei der Endabstimmung und schwierigen Anhörungen in den Fachausschüssen gerechnet werden muss.

Das Europäische Parlament hat die Anhörungen der Kandidaten für die Positionen der EU-Kommissare auf den Zeitraum 30. September bis 8. Oktober angesetzt. Der vormalige ungarische Justizminister gelangt gleich nach dem slowakischen Kandidaten Maros Sefcovic, der Kommissar für die interinstitutionellen Beziehungen werden soll, als Zweiter an die Reihe. Diese Anhörungen bestehen aus Gesprächen von zwei, drei Stunden Länge. Dabei müssen die Kandidaten neben schriftlich eingereichten auch auf mündliche Fragen reagieren. Über die Kommission in ihrer Gesamtheit stimmt das Europäische Parlament am 23. Oktober ab. In der vergangenen Woche sorgte für einige Überraschung, dass Manfred Weber in Verbindung mit der Person László Trócsányis von einem gerechten Umgang mit diesem sprach und sich für die Kandidatur einsetzte. Nach den ersten Anhörungen können die Fraktionskoordinatoren die Kandidaten unter Umständen sogleich mit einer qualifizierten Zweidrittelmehrheit bestätigen. Andernfalls müssen die Kandidaten weitere schriftlich eingereichte Fragen beantworten oder erneut vor dem Gremium erscheinen, welches sie letztlich mit einfacher Mehrheit bestätigen kann. Am 17. Oktober werden die Ergebnisse ausgewertet, bevor die Europaabgeordneten auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments in Straßburg am 23. Oktober über jene Liste abstimmen werden, welche die endgültige Zusammensetzung der Kommission enthält. Schließlich wird der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten mit qualifizierter Mehrheit die Kommission ernennen.

Am 16. September kam es zu einer ersten Anhörung in Brüssel, mit der die ungarische Rechtsstaatlichkeit unter die Lupe genommen werden soll. Dieser eigentlich nicht wirklich definierte Begriff erweist sich in bestimmten Händen als Waffe, mit der bereits einzelne andere Mitgliedstaaten bedroht wurden. Ungarn wurde durch Justizministerin Judit Varga vertreten, die erklärte, auf der Sitzung den Standpunkt Ungarns erfolgreich verteidigt zu haben. Diese Anhörung war zugleich einer der letzten Auftritte des Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, in dieser Angelegenheit, nachdem er in der neuen Kommission für die Klimapolitik zuständig sein wird. Timmermans erklärte, es gebe dermaßen viele Beschwerden gegen unser Land, dass sich diese nicht mit einer einzigen Anhörung abtun ließen. In diesem Sinne wird er bis zum 1. November sehr wahrscheinlich weiter Lobbyarbeit gegen die ungarische Regierung betreiben.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

FÜR ZWEI DRITTEL DER UNGARN SIND DIE CHRISTENVERFOLGUNGEN EIN ERNSTES PROBLEM

Eine landesweit repräsentative Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts mit der persönlichen Befragung von 2.000 Personen belegt, dass eine Sachpolitik der Regierung, mit der Hilfe für die Opfer der Christenverfolgung gewährt werden soll, dazu geeignet ist, die Unterstützung einer Mehrheit der Gesellschaft zu erlangen. Das beweist, dass 5 Millionen Ungarn mit den humanitären Hilfeleistungen der Regierung übereinstimmen.

Die ungarische Regierung hob im Jahre 2016 als erste die Frage einer Unterstützung der Opfer von Christenverfolgungen auf Regierungsebene. Gegenwärtig verlieren jährlich mehr als 4.000 Christen wegen ihres Glaubensbekenntnisses ihr Leben, weltweit sind 245 Millionen Verfolgungen ausgesetzt. Damit bilden die Christen heute die global am meisten verfolgte Religionsgruppe. Die Zielstellung der ungarischen Regierung und des Programms „Hungary Helps“ lautet, diesen Menschen zu helfen. Die ungarische Gesellschaft stuft diese Mission hoch ein: Gleich 61 Prozent der Befragten stimmen Hilfeleistungen zu – das entspricht 4,9 Millionen Menschen – und nur 31 Prozent (2,5 Millionen) meinten, humanitäre Hilfeleistungen nicht zu unterstützen. Dieses Ergebnis hängt sehr wahrscheinlich damit zusammen, dass 65 Prozent der Ungarn, also mehr als 5 Millionen Bürger, die Christenverfolgungen als bedeutendes Problem ansehen und ganze 22 Prozent der Befragten (oder 1,8 Millionen Menschen) hier kein Problem erkennen wollen.

DER RAT DER UNIVERSITÄTSKLINIKEN KÖNNTE EINE GESUNDHEITSINNOVATION VORBEREITEN

Nachdem seit dem 1. September 2019 das Ministerium für Innovationen und Technologien (ITM) die Rechte zur Entwicklung der Universitäten ausübt, bilden die mit der Ärzteausbildung, medizinischen Forschung und Gesundheitsindustrie befassten Hochschulstätten ein strategisches Segment innerhalb des Portfolios des Ministeriums. Diesem Umstand ist zu verdanken, dass der Rat der Universitätskliniken eingerichtet wird, welcher unter Mitwirkung von vier Medizinischen Universitäten und Gesundheitshochschulen sowie des ITM arbeiten wird. Neben diesem Rat wird ab 2021 ein eigenständiger Fonds für Forschung und Entwicklung auf den Gebieten Medizin, Gesundheitswissenschaften und Gesundheitsindustrie eingerichtet. Die Zielstellung lautet, ein

transparenteres und nachhaltigeres Finanzierungssystem in der Medizinausbildung auszugestalten. Dafür war die Niederlegung des Trägermodells an der Budapester Corvinus-Universität ein wichtiger Schritt, wobei das ITM das Ziel verfolgt, die Medizinfakultäten an den Universitäten in Richtung Innovationen der Gesundheitsindustrie zu öffnen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

PROGNOSE

- **Am kommenden Sonntag hält die größere Regierungspartei einen Kongress zur Neubesetzung der Spitzenämter ab. Ein solcher Kongress muss nach den Statuten des Fidesz alle zwei Jahre, in einem Zeitraum 50 Tage vor beziehungsweise nach dem Ablauf der Zweijahresfrist abgehalten werden.**

Die am meisten erwartete Entscheidung des diesjährigen Parteitags wird die Abstimmung über die Positionen der Stellvertretenden Vorsitzenden sein. Der das Ministerpräsidentenamt leitende Minister Gergely Gulyás stellte auf der 142. Regierungspressekonferenz eindeutig klar, dass er sich – nachdem sich die Positionen als Stellvertretender Parteivorsitzender und als Minister überschneiden – für die Position des Ministers entscheiden wird. Daraufhin setzten Spekulationen um die Person seines Nachfolgers in dem Parteiamt ein. Überwiegend wurde eine Rückkehr des für die Kommunalwahlen verantwortlichen Wahlkampfchefs Lajos Kósa prognostiziert, die aber bei weitem noch nicht gesichert ist. Die vier Stellvertretenden Vorsitzenden Katalin Novák, Gergely Gulyás, Szilárd Németh und Gábor Kubatov sind zugleich Mitglieder im Landespartei Vorstand des Fidesz. Parteivorsitzender wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch nach dem 29. September jener Viktor Orbán sein, der diese Funktion bereits seit dem 17. Mai 2003 bekleidet. Der Parteivorsitzende wird in geheimer Abstimmung durch den Kongress gewählt, wobei für seine Wahl mehr als die Hälfte der gültig abgegebenen Stimmen erforderlich ist.